



Kern: Für eine Wahlfreiheit zu gleichen und fairen Bedingungen

Anlässlich einer Landtagsdebatte über die vorgesehene Dauer der Schulzeit am Gymnasium warb der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion, **Dr. Timm Kern**, erneut für eine G8/G9-Wahlfreiheit zu gleichen und fairen Bedingungen. Kern hierzu: „Unser Vorschlag sieht vor, dass alle Gymnasien, im Verhältnis zur jeweiligen Schülerzahl, die gleiche Personalausstattung erhalten. Parallel dazu erhalten die Schulen die Möglichkeit, neben dem Standardweg eines Abiturs in acht Jahren einen neunjährigen Bildungsgang anzubieten. Diesen zum Beispiel für Schülerinnen und Schüler, die sich intensiv ihren Talenten und Interessen in Musik, Sport, Kirchen oder dem Ehrenamt widmen wollen. Den mit zusätzlichen Lehrerwochenstunden privilegierten ‚Schulversuch‘ G9 wollen wir beenden bzw. auslaufen lassen und alle Gymnasien gleichermaßen gut personell ausstatten.“

Kern betonte, dass für die FDP/DVP Fraktion die Beruflichen Gymnasien als abgestimmter Anschluss an die Mittlere Reife die neunjährige Alternative zu G8 bilden. Zur Vorgeschichte des Vorschlags sagte Kern: „In der G8/G9-Frage hatten Grüne und SPD einen faulen Kompromiss geschlossen: Nur ein einziges Gymnasium pro Landkreis durfte zu G9 zurückkehren, im Rahmen eines ‚Schulversuchs‘. Damit hatte Grün-Rot ganz erhebliche Gerechtigkeitsprobleme geschaffen – mancherorts wurden die raren G9-Plätze sogar verlost. Unser Vorschlag einer G8/G9-Wahlfreiheit zu gleichen und fairen Bedingungen verstand sich als Ausweg aus dem Schlamassel. Erwartungsgemäß lehnte aber sowohl die ehemalige grün-rote Regierungskoalition Kretschmann I als auch die derzeitige grün-schwarze Regierungskoalition Kretschmann II unseren Vorschlag ab. Letztere verlängerte den ‚Schulversuch G9‘ sogar noch, was die schlechteste aller möglichen Handlungsalternativen war. Wir Freie Demokraten werben dessen ungeachtet weiter für unseren Vorschlag – in der Überzeugung, dass eine G8/G9-Wahlfreiheit zu gleichen und fairen Bedingungen ein zentraler Baustein eines stabilen Schulfriedens darstellen würde. Wenn wir dagegen vollständig zu G9 zurückkehren würden, nachdem sich die Schulen in zum Teil schwierigen Prozessen auf G8 eingestellt haben, würde das eine weitere Schulstrukturumwälzung bedeuten. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, unseren Vorschlag zu überprüfen.“